

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Goldpfennig

50 Milliarden

Sonnabend

13. September 1924

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Stresemanns Widerruf.

Neue überraschende Erklärungen des Außenministers. — Keine Notifizierung! Keine Krise!

Herr Stresemann hat vor der Presse seine Auslassungen über die Frage der Notifizierung der deutschen Erklärung gegen die Kriegsschuldfrage entwickelt. Der Außenminister hat sich in strikter Form festgelegt, noch ehe das Reichskabinett zusammengetreten ist. Er hat sich selbst auf das strikte gebunden; denn er selbst war es, der die Anschauungen entwickelte, die jener heute morgen von uns wiedergegebene Bericht der Telegraphen-Union weitergab. Wir haben es heute morgen vermieden, Herrn Stresemann als Redner vor der Presse zu nennen, da er selbstamerweise durch Vereinbarung in dieser Pressebesprechung feststellen ließ, daß sein Name nicht genannt werden solle, trotzdem er persönlich eiligst nach Berlin gekommen war, um noch vor der Kabinettsitzung sich festzusetzen. Nachdem mehrere Zeitungen ihn offen nennen, haben wir keinen Grund mehr, es nicht zu tun. Unsere Leser werden inzwischen wohl aus dem Zusammenhang gemerkt haben, daß es sich um ihn handelt. Es war der deutsche Außenminister selbst, der diese offizielle Eröffnung der Krise gestern vorgenommen hat.

Denn die Krise ist da. Herr Stresemann hat sich gestern vor der Presse darauf berufen, daß seine Ansicht die Ansicht der Reichsregierung sei, daß der Reichskanzler Marx seine Anschauungen teilt, daß die Aktion in der Kriegsschuldfrage einem einstimmigen Beschluß des Reichsrats entspreche. Keine dieser Behauptungen läßt sich mit den Tatsachen in Einklang bringen. Herr Stresemann hat nicht den Reichsrat einmütig hinter sich. Am Mittwoch erklärte der Ministerpräsident von Preußen, Otto Braun, in Lissit, daß es die unglücklichste Wendung in der deutschen Außenpolitik wäre, wenn Deutschland jetzt die Notifizierung der deutschen Erklärung gegen die Kriegsschuldfrage vornehmen würde. Die Reichsregierung selbst wird zu der Frage der Notifizierung und des Termins erst in einer kommenden Kabinettsitzung Stellung nehmen. Die „Germania“, ein Organ der stärksten Regierungspartei, verweist den Außenminister heute morgen sehr deutlich darauf, daß im Zentrum die Auslassungen durchaus nicht einheitlich für Stresemanns Absichten sind:

„Man kann der Meinung sein, daß unter dem Eindruck der Annahme der Dawes-Besche der Boden günstig war für die Aufrollung der Kriegsschuldfrage. Inzwischen hat sich aber die internationale Lage sowohl durch die Genfer Verhandlungen als auch durch die unglückliche innenpolitische Diskussion verändert. Die Regierung steht also vor einer neuen Situation und wird nun zu prüfen haben, ob es zweckmäßig ist, heute auszuführen, was sie nach Annahme der Dawes-Besche angekündigt hat. Die Regierung hat sich in ihrer amtlichen Verlautbarung auf keinen Zeitpunkt festgelegt. Wenn sie jetzt nach reiflicher Überlegung und im Bewußtsein ihrer Verantwortung zu dem Schluß kommt, im Augenblick sei die Notifizierung untunlich und deshalb auf einen günstigeren Zeitpunkt zu verschieben, wird sie kein Beständiger tadeln können. Wir betonen, daß das unsere Meinung ist und weisen nochmals darauf hin, daß das Kabinett erst in der nächsten Woche endgültig Stellung nehmen wird. Aber wir wissen, daß diese Meinung in weiten Kreisen in unserer Partei geteilt wird und daß man es vor allem im Rheinland vermeiden wissen will, daß aus der Aufrollung der Kriegsschuldfrage neue Vermittlungen entstehen. Die „Kölnische Volkszeitung“ hat sich offen dahin ausgesprochen, daß die Notifizierung zurzeit unterbleibe.“

Herr Stresemann hat sein Geschick mit seinen Erklärungen verknüpft. Er konnte sich festlegen, die Reichsregierung nicht. Es bestehen Meinungsverschiedenheiten in der Reichsregierung über die Frage, ob die Notifizierung opportun sei. Fällt die Entscheidung gegen ihn, so ist nicht abzusehen, wie Herr Stresemann nach Inhalt und Methode seiner Festlegung die außenpolitischen Geschäfte des Reiches weiterführen könnte.

Von vornherein muß die Verantwortung an der Aktion in der Kriegsschuldfrage und der daraus erwachsenden Krise festgestellt werden. Die „Germania“ verweist auf Verantwortung und Schuld der Deutschnationalen. Sie bezeichnet die Rolle der Deutschnationalen als schädlich und unehrlich. Das ist sie gewiß, und nichts verantwortungsloseres als den deutschnationalen Versuch, mit dieser deutschen Frage ein deutschnationales Parteigeschäft zu machen. Daß sie es aber konnten, ist Schuld des Reichsaußenministers. Die deutsche Aktion in der Kriegsschuldfrage, die vor der Londoner Konferenz auf Grund einer Anregung des Reichsrats beschlossen wurde, ist etwas anderes, als die Aktion zur Erfüllung des Berliner Paktes, den Herr Stresemann am 28. August mit den Deutschnationalen abgeschlossen hat. Diese Aktion des Herrn Stresemann ist nicht die geradlinige Fortsetzung der vom Reichsrat und Regierung beabsichtigten Aktion — sie ist Teil eines schmähtlichen innenpolitischen Handelsgeschäftes. Die Wirklichkeit über die Benutzung der Kriegsschuldfrage zu einem parteipolitischen Geschäft den Deutschnationalen gemacht werden, treffen ebenso scharf und wohlbegründet Herrn Strese-

Alles wieder anders!

Es war nur ein Mißverständnis.
Gestern 6 Uhr abends gab Herr Stresemann jene Erklärung ab, die von allen Korrespondenzbureaus übereinstimmend wiedergegeben wurde und die heute die ganze deutsche Presse beschäftigt.

Heute mittag 12 Uhr war aber auch schon die „B. Z. am Mittag“ gedruckt, die authentisch erklären kann, daß alles nur ein Mißverständnis gewesen sei.

Psch! Die Stenographen haben falsch stenographiert! Also, Herr Stresemann ist durchaus nicht für eine sofortige Notifizierung, um Gottes willen nicht! Denn das könnte nicht nur „eine große propagandistisch aufgelegene Gegenerklärung Frankreichs“, sondern auch „praktische Retorsionsmaßnahmen, z. B. Verzögerung der Ruhr-Räumung“ zur Folge haben. Stresemann denkt also gar nicht an eine Notifizierung jetzt, sondern nur an eine „zu einem geeigneten Zeitpunkt im Zusammenhang mit anderen zu erwartenden Ereignissen und Vorgängen“.

Warum wir also diese „Ereignisse und Vorgänge“ ab! Auch in puncto Völkerverständnis, Mißverständnis! Stresemann verschließt sich durchaus nicht den „großen Vorteilen“ eines Eintritts, nur dürfe das nicht eine neue Anerkennung der deutschen Schuld am Kriege bedeuten und die Gleichberechtigung Deutschlands müsse anerkannt werden.

Es ist also alles wieder in Butter. Alles „Gerede von einer Krise“ ist total überflüssig. Man spreche von einer Krise wohl am meisten deshalb, weil man eine Krise wünsche, die vielleicht zur Reichstagsauflösung führen könne. Dies betrifft, wie es scheint, uns!

Darum sei in aller Ruhe gesagt: Wir freuen uns aufrichtig des Befehrwunders, das sich über Nacht an Herrn Stresemann vollzogen hat. Aber die freisinnige Zuspitzung der Situation auf die Bosheit des „Vorwärts“ zurückzuführen, das heißt doch für die Betätigung der Phantasie keine Schranken mehr stellen lassen. Der Berliner Vertrag war doch einmal. Die Deutschnationalen sollten doch in die Regierung kommen, die Volkspartei, deren Führer Herr Stresemann ist, wollte doch „mit allen Mitteln“ dafür sorgen. Und Herr Marx sollte doch „mit allen Mitteln“ weg!

Jetzt ist die Einigkeit wieder hergestellt. Es wird nicht notifiziert, wenigstens „nicht gleich“ — warum denn drängen? Marx bleibt, Stresemann bleibt, die Deutschnationalen kriegen nichts, die Krise ist abgeklappt.

Dieses Wunder hat sich binnen zwölf Stunden ereignet. Und nun heißt es aber abwarten, wie es nach weiteren zwölf Stunden sein wird!

mann. Er hat die Aktion von vornherein diskreditiert, er hat ihr die Würde genommen, die sie haben muß, er hat ihr die unbedingte innere Wahrhaftigkeit und Eindeutigkeit der Motive geraubt, indem er sie zum Gegenstand eines unehrlichen Stimmhandels machte. Auf ihm lastet die Verantwortung an der Krise dieser Aktion, an der Verschlechterung der internationalen Stellung Deutschlands und an der inneren Krise, die nun hereinbricht.

Was ist Absicht und Sinn dieser zweiten Aktion zur Bekämpfung der Kriegsschuldfrage, die nach der Unterzeichnung des Berliner Paktes begonnen wurde? Innenpolitisch ist sie die Bezahlung für die Lieferung von 48 Jagern durch die Deutschnationalen. Diese Leute brauchen eine Ablenkung und einen parteipolitischen Erfolg. Für sie ist die ganze Aktion innenpolitisches Geschäft. Ihre Presse hat den innenpolitischen Sinn der Erklärungen Stresemanns wohl verstanden. Sie benutzt sie, um erneut die Deutschnationalen als die Väter der Aktion in Erinnerung zu bringen, zugleich aber auch, um eine Raube gegen den Reichskanzler Marx zu entfesseln. Die „Kreuzzeitung“ schreibt:

„Sehr unglücklich scheint uns aber der Reichskanzler persönlich operiert zu haben. Denn es stellt sich nun heraus, daß der wiederholt dementierte Brief des Kanzlers an Herriot und Macdonald nun doch Tatsache ist.“

Die „Deutsche Tageszeitung“: „Im übrigen verstärkt sich der Eindruck, daß der Brief des Reichskanzlers ein äußerst unglücklicher Schritt war, durch den die Lage erst recht eigentlich verschoben worden ist.“

Nachdem die Kontrahenten des Paktes von Berlin der deutschen Aktion gegen die Kriegsschuldfrage den Boden der Eindeutigkeit der Motive und der inneren Wahrhaftigkeit unterwühlt haben, nachdem das Auswärtige Amt des Herrn Stresemann mit seinen falschen Abfertigungsversuchen des Reichskanzlerbriefes eine Atmosphäre der Unwahrhaftigkeit geschaffen hat, soll die Schuld auf den Reichskanzler Marx ge-

wälzt werden. Er soll bei der Krise als Opfer auf der Strecke bleiben, damit die Bahn frei wird zum Bürgerblut.

Welche außenpolitischen Absichten werden aber mit der Aktion verfolgt? Denn bei aller innenpolitischen Ausnutzung dieser Aktion müssen sich sowohl Herr Stresemann als auch die Deutschnationalen darüber klar sein, daß diese Aktion die größten internationalen Rückwirkungen haben kann. Welche Wirkungen wollen sie, was ist das außenpolitische Ziel dieser Aktion? Hier steht das große Fragezeichen.

Der Reichsrat und die Reichsregierung wollten eine Aktion gegen die Kriegsschuldfrage, um eine moralische Reinigung der internationalen Atmosphäre herbeizuführen. Sie wollten im Namen der Wahrheit und der historischen Gerechtigkeit eine internationale Lüge bekämpfen. Sie wollten der Welt verkünden, daß das deutsche Volk nicht gefonnen ist, in der Geschichte als Urheber und Schuldiger am Weltkrieg fortzuleben. Die Deutschnationalen wollen eine Aktion gegen die Kriegsschuldfrage als Einleitung zur Zerreißung des Versailler Vertrages, als Demonstration des Willens zum Revanchekrieg. Die deutsche Regierung will trotz des Kampfes gegen die Schuldfrage ihre vertragsmäßigen Verpflichtungen innehalten — die Deutschnationalen wollen eine Erklärung gegen die Schuldfrage als Ankündigung des Vertragsbruchs. Mit aller Schärfe kommt der Unterschied der Auffassung in zwei Pressestimmen zum Ausdruck. Die „Zeit“, das Organ Stresemanns, schrieb gestern:

„Man betont auf der Gegenseite immer, daß mit dem Schuldartikel der Versailler Vertrag reihe und falle. Eine solche Tragweite aber kann die beabsichtigte diplomatische Aktion der deutschen Regierung natürlich gar nicht haben, solange die Mächte an dem Vertrag, den sie uns aufgezwungen haben, ihrerseits festhalten. Es bleibt ihnen auch unbenommen, das zu betonen, und sie werden es voraussichtlich auch tun.“

Die deutschnationale „Bommerische Tagespost“ aber, die wir schon heute morgen zitierten, sagt:

„Frei soll uns dieser Widerruf machen, die Kaiten sprengen, die unser Volk zu zermalmen drohen und unserm Vaterland die primitivsten Völkerrrechte wieder bringen. Dazu gehört vor allem die Wiedervereinigung des deutschen Volkes. Wer es nicht wagt, an dem Versailler Lügengebäude zu rütteln, der verrät unsere Westpreußen, die Oberschlesier, Schleswig-Holsteiner, die Saarländer und nicht zuletzt das deutsche Volk. Was uns an deutschem Land und Volk geraubt wurde, muß uns wiedergegeben werden. Nicht zu vergessen die deutschen Kolonialländer, die unter der Mandatsverwaltung völligem Verfall entgegenstehen, während sie Deutschland bitter not tun! Auch sie wurden uns ja nur durch Lüge und Heuchelei entzissen.“

Was ist nun richtig? Herr Stresemann hat mit den Deutschnationalen den Pakt von Berlin vom 28. August geschlossen, den er nun zu erfüllen trachtet. Teil dieses Paktes ist seine Aktion gegen die Schuldfrage. Haben die Kontrahenten des Paktes auch über die Frage gesprochen, wie sie ihn auffassen? Wenn man einen Pakt schließt, um gemeinsam dasselbe zu tun, pflegt man sich für gewöhnlich darüber zu verständigen, was man tun will. Was soll denn nun der Sinn der Aktion sein? Moralische Reinigung der internationalen Atmosphäre oder Zerreißung des Versailler Vertrages? Darüber darf man wohl ergebnis um Aufklärung bitten.

Diese Divergenz aber ist die allgemeine zwischen der bisherigen deutschen Außenpolitik und den Absichten der Deutschnationalen. Herr Stresemann hat die Krise gemacht, um die Deutschnationalen in die Regierung zu bringen. Er will, daß sie sich zu der bisherigen Außenpolitik bekennen. Er läßt in der „Zeit“ schreiben:

„Es ist von vornherein selbstverständlich, daß man nur mit einer Partei und einer Fraktion verhandeln kann, die einhellig austritt. Die Deutschnationalen haben bei ihrer Abstimmung im Reichstag eine solche Einheitslichkeit vermissen lassen. Achtundvierzig von ihnen haben mit Ja, zweiundfünfzig mit Nein gestimmt, und einige zwanzig haben sich sogar dem deutschnationalen Mißtrauensvotum gegen die Regierung angeschlossen. An die Stelle dieser inneren Einigkeit muß eine geschlossene Auffassung treten, wenn die Deutschnationalen die nötige Eignung für die Teilnahme an der Regierung gewinnen wollen. Und diese Geschlossenheit muß sich selbstverständlich nach der Richtung entwickeln, die die deutschnationalen Zustimmung im Reichstag gewiesen haben.“ ... „Wenn jetzt auch deutschnationale Abgeordnete, die mit Ja gestimmt haben, den Kampf gegen das von ihnen angenommene Gesetz und damit gegen das ganze Gutachten proklamieren, so verwirklichen sie damit ein Recht, das sie durch ihre Abstimmung im Reichstag erworben zu haben glauben. Es ist gar kein anderer Weg denkbar, als daß die Deutschnationalen mit ihrem etwaigen Eintritt in die Regierung auch die Ausführung des Gutachtens als Grundlage der künftigen Regierungspolitik anerkennen.“

Gestern aber sprach Hergt, der Vertragskontrahent des Herrn Stresemann, in Gleiwitz:

„Es gibt wohl keinen Menschen, der sagen könnte, daß das Gutachten etwas gutes wäre. Auch nicht das Ausland glaubt es, und jeder, der es glaubt, betrügt sich selbst. Deshalb muß dagegen gekämpft werden, und dieser Kampf darf nicht vor einer Reparationskommission, vor einem Amerikaner usw. zurückweichen, sondern muß durchgeführt werden gegen alles, was uns in London auferlegt worden ist.“

Diese Erklärung läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Um den Pakt mit den Saboteuren der Erfüllungspolitik zu vollziehen, hat Herr Stresemann innere Erfüllungspolitik betrieben. Um ihnen Regierungssitze zu verschaffen, hat er den Kampf gegen die Schuldfrage distanziert. Um mit ihnen den Bürgerkrieg zu brechen, hat er die Krise herbeigeführt. Erreicht er sein Ziel, dann wird die Außenpolitik des Bürgerkriegs in der Sabotage des Londoner Vertrages, der Kampf gegen die Schuldfrage als Einleitung der Beseitigung des Versailleser Vertrages betrieben werden.

Die Krise ist da. Herr Stresemann hat sie eröffnet. Es ist seine Krise.

Blamiert auf allen Seiten.

Neben Stresemann auch die Deutschnationalen.

Während Stresemann sich Mühe gibt, nachzuweisen, daß es gar keiner deutschnationalen Anregung bedürfte, um den Kriegsschuldung anzurufen, geben die Hergt-Leute sich immer noch den Anschein, als ob sie einen „Erfolg“ erzielt hätten. Aber auch dieser angebliche Erfolg wird ihnen jetzt von den Böckischen als eine Seifenblase nachgewiesen. Im bayerischen „Böckischen Kurier“ wird der sogenannte „Schritt der Parteileitung“ bei der Reichsregierung hohhaft verhöhnt. Es wird darauf hingewiesen, daß von allen zuständigen Reichsministern niemand in Berlin war und daher die Frage gestellt, wer in Berlin „Reichsregierung gespielt“ habe. Aber die Böckischen werden noch hohhafter, wenn sie fragen:

Wer war die Parteileitung, die den Schritt unternahm? Hergt ist nicht in Berlin, Graf Westarp ebenfalls nicht, und auch Herr v. Bindeiner fehlt. Die Parteileitung ist auf Reisen, im Lande zerstreut, und die „Parteileitung“ unternimmt einen Schritt. Wenn's da nur nicht Prügel gibt, wenn der Reiter zurückkommt.

Im „Deutschen Tageblatt“ wird ausgeführt, am 29. August hätte eine Regierungserklärung über die Schuldfrage noch am Ausgangspunkte einer bestimmten Sache gestanden. Aber:

Nun sind seitdem die Auslassungen der deutschen sozialdemokratischen und demokratischen Presse durch das Land gegangen, die darauf hinauslaufen, festzustellen, daß die Regierungen seit dem November 1918 wiederholt gegen die Schuldfrage protestiert hätten. Es ist hier nicht der Platz, nachzuweisen, daß diese sogenannten Proteste schon von vornherein völlig wertlos waren und gar nicht als Proteste aufgeführt werden können. Festgestellt muß werden, daß die Situation dadurch vollkommen verschoben worden ist. Die Regierungserklärung steht nicht mehr am Anfang einer neuen Reihe, sondern am Endpunkt einer alten. Sie ist damit praktisch erledigt. Es ist das aus ihr geworden, was wir von Anfang an befürchteten. Die Deutschnationalen sind also hier tödlich, wie das die sozialdemokratische und demokratische Presse behauptet, zu ihren eigenen Erben (soll heißen: der Sozialdemokraten) geworden.

Auch Herr Wulle behauptet, die Deutschnationalen seien die Betrogenen auf der ganzen Linie. Und selbst wenn die Regierung die amtliche Ratifizierung doch noch vornehmen sollte, so bedeutet das nichts anderes als den Versuch, dem deutschen Volk Sand in die Augen zu streuen. Er bedauert den Großen Westarp, der die eskalanten Rißerfolge der Deutschnationalen allen Ernstes als Erfolge ausposaune.

Wären die Herrschaften das gegenseitige Bedauern unter sich abmachen. Das deutsche Volk hat wirklich genug von einem System, das herart die Träger der nationalen Würde zum Schachergeschäft der Parteien machen läßt. Es hat auch genug von Parteien, die solchen Schacher treiben. Es erwartet die Auflösung des Reichstages, damit es selbst das Urteil über diese Art Bürgerkriegspolitik sprechen kann.

Ein Geschäft.

Von Emil Rath.

Sie hat kein großes Aushängeschild. Ihre Tätigkeit empfiehlt sich selbst. Sie hat keine Ausgaben für Reklamelosten. Sie braucht keine Dienstmagd. Denn sie ist eine tüchtige Frau, die gern alle Arbeit selbst verrichtet. Und es gibt auch Tätigkeiten, bei denen man der Helfershelfer gern entbehrt. . . Und dann sind ja viele Mädchen und Frauen so schüchtern.

Drei Treppen werden mancher schon beschwerlich. Frau Meyer kennt schon die Schritte. Sie hat eine feine Witterung für ihr Geschäft. Sie versteht es sogar, sich mütterlichen Anstrich zu geben, der aber bald verfliehet, wenn sie nach dem ersten Kontakt feststellt, daß ihre Kundin nur wenig, vielleicht auch gar kein Geld hat. Umsonst ist heute nicht einmal der Lob.

Es ist nicht immer ganz so leicht, Fühlung zu nehmen. Die Menschen sind gar so sehr verschieden. Einer ist empfindlich, der andere fängt sich getränkt, wenn man ihn zu rücksichtslos behandelt. Wo es doch nicht das erste Mal ist. . . Eine der ständigen Fragen allerdings ist:

„Um — wie weit sind Sie denn schon?“

Und dann klingen die Antworten merkwürdig verschieden: Hier etwas unbelämmert: Pa, im ersten Monat — dort sorgenschwer: Ende des dritten. Dann wiegt Frau Meyer sachverständig das Haupt mit dem glatt geschneitelten grauen Haar und macht ein trübseliges Gesicht:

„Das wird nicht gar so leicht sein —“

Die kritische Miene verschwindet aber bald, wenn ihr Gegenüber häufig verschert, auf Geld komme es nicht an. Denn feine Preise hat Frau Meyer nicht. Eine kleine Abtreibung — natürlich ohne etwaige Nebenausgaben — kostet etwa 15, meist aber 20 M. Das ist so der übliche Satz für Arbeiterfrauen und junge Mädchen, deren Wangen und Portemonnaie man schon von weitem die Schwindblut ammerkt. Ganz umsonst kann Frau Meyer natürlich ihre Beschäftigung nicht ausüben. Sie wissen doch, von wegen des Risikos, nicht. . . ?

Und es ist ein geheimnisvolles Kommen und Gehen, oft nur ein Ausgehen, hin und wieder auch ein mühsames Hin- und Hinunterschleppen müder, kranker Frauenkörper, und ganz seine Ohren hören ab und zu auch leises Wimmern oder lauten Aufschrei aus den Zimmern der Frau Meyer dringen. Denn sie hat acht große Zimmer, und zwei benutzt sie für sich. Sie verstehen doch, diskret Aufnahme. . .

Die Nachbarn? Du lieber Gott! In einer so großen Stadt kennt man kaum den Nachbarn, geschweige denn den Mieter, der über oder unter einem wohnt — eher noch den, der über einen wohnt, weil Schritte und Geräusche manches verraten.

Rasende Henker.

Die „Rote Fahne“ gegen Amnestie — in Georgien!

Die Erklärung des sozialdemokratischen Parteivorstandes gegen russische Nachpolitik in Georgien hat absichtlich alle politischen Schärpen vermieden und sich darauf beschränkt, einen Appell zur Menschlichkeit an die Adresse der russischen Machthaber zu richten.

Das Berliner Organ der russischen Regierung, die „Rote Fahne“, verhält sich leider zu diesem Appell durchaus ablehnend. Sie beschimpft die georgischen Opfer des sowjetischen Terrors und den Parteivorstand als „Söldlinge des Kapitalismus“ und faselt von einem geplanten Interventionskrieg gegen Rußland.

Die „Rote Fahne“ stellt den Appell des Parteivorstandes mit ihrer Amnestieforderung für die kommunistischen Gefangenen in Deutschland in Parallele. Uns ist aber nicht bekannt, daß die Absicht besteht, diese Gefangenen im Fall eines Aufstandes, den andere machen, zu töten, wie das leider in Georgien mit zweiundzwanzig sozialdemokratischen Gefangenen geschehen ist.

Es ist tief traurig und beschämend, daß ein in deutscher Sprache geschriebenes Blatt, noch dazu ein Blatt, das sich für ein Arbeiterblatt hält, eine solche Bestialität der Gefinnung verrät wie die „Rote Fahne“.

Es bleibt nur die Hoffnung, daß sich die Moskauer Machthaber menschlicher zeigen werden als ihre Söldschreiber in Berlin!

Pension nach Verdienst.

Birchow und Wilhelm.

Der Tochter ihres Ehrenbürgers Birchow, die durch die Inflation an den Bettelstab gebracht war, hat die Stadt Berlin eine widerrufliche Pension von 225 M. monatlich bewilligt. Nicht eben viel, aber genug, um die Tochter eines unserer größten Mediziner und Gelehrten vor dem Elend zu schützen. Mehr zu geben, verboten die heutigen Zeiten der Armut und allgemeinen Einschränkung.

Zur gleichen Zeit läßt Wilhelm der Ehemalige durch seinen Rechtsbeistand verhandeln, daß er mit seiner Familie von einem Grundbesitz, der 14 Millionen Goldmark Jahresrente abwirft, nicht standesgemäß leben könnte. Er verlangt Viegenschaften von der Größe eines deutschen Kleinrentes mit einem geschätzten Jahresertrag von mindestens 6 Millionen, dazu eine Anzahl Schlösser, Hausgrundstücke und sonstige Vermögensmassen.

Der Unterschied ist klar: Birchow hat durch seine ärztliche Kunst und wissenschaftlichen Forschungen unzähligen Menschen das Leben verlängert, unzählige Kranke und Sieche wieder erwerbsfähig gemacht. Deshalb sind 225 M. monatlich für seine Hinterbliebenen völlig ausreichend. Wie ganz anders Wilhelm! Er hat es durch seine Politik fertig gebracht, daß zwei Millionen jugendfrische Menschen vorzeitig auf den Schlachtfeldern den Tod fanden, daß mehrere Millionen Menschen zu Krüppeln, Witwen und Waisen wurden, daß Ungezählte ihr Hab und Gut bis auf den letzten Pfennig verloren. Es ist doch nur recht und billig, wenn ihm das preußische Volk dafür eine Pension zahlt, die 2500mal so hoch ist als die der Tochter Birchows ausgegebene Rente!

Heuchlerische Klagen.

Fiasko des Roten Frontkämpferbundes.

In der „Roten Fahne“ jammert im Wiedererwachen ein Mitglied des „Roten Frontkämpferbundes“ darüber, daß durch das Nebeneinanderbestehen von „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ und „Rotem Frontkämpferbund“ wiederum eine verhängnisvolle Spaltung in die Arbeiterchaft hineingetragen sei. Wollte man den santen Worten Glauben schenken, so muß der Schmerz des roten Frontkämpfers abgrundtief sein. Natürlich wirft er auch die Frage auf, wer an dieser Zerspaltung schuld sei, und beantwortet sie dahin: „Wir logen, die ganze Schuld trägt das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“.

Und Frau Meyer kann sich nicht beklagen. Ihr Geschäft blüht. Sie hat einen prächtigen Anreißer: Den § 218. Besser gesagt, den Staat. Er selbst führt ihr die Kunden zu, junge und alte, reiche und arme, lebensfrohe und halbberzweifelte, solche mit frechem Lachen, andere mit verweinten Augen. Frau Meyer hat ein weites Herz — wenn nur das Geld auf ihrem Bankkonto sich häuft.

Manchmal denkt sie noch mit Verachtung an die Zeit, als sie noch Hebamme in einem kleinen Rest war, wo der Frühling die schwerfälligen Gemüter und Herzen weniger als anderswo zu erregen schien, daß sie kaum das sorgliche Brot davon bestreiten konnte. —

Heute mußte sie es besser: Man lebte nicht vom Leben, sondern von dem Leben, das man sterben ließ. Gewiß: hin und wieder erfuhr sie auch auf Umwegen, daß diese oder jene ihrer „Kundinnen“ gestorben. Nachdem sie vorläufiger feil! Sie hatte ihre Pflicht getan. Warum kamen jene nicht früher?

Furcht vor einer Anzeig? Pah, Tote reden nicht — und die Lebenden fürchten das Gerüde. Es nährt seine Frau, dieses. . . Geschäft. . .

Neue Tänze bei Kroll. Repromig dirigiert. Damit ist eine persönliche Kabinettsangelegenheit geredet und zum Besten des Intimits beigelegt. Zu Witz „Lasso“ Rusik bewegt Terpis seinen geschmeidigen Körper materlich und stellt ihn natürlich auf Rusik ein. Im Momento wirkt seine Bewegung leicht manoton, doch sein triumphales Schreien ist des Dichters würdig. Sein Kopf streift die Wolken. Um ihn herum hätte man sich die Wigman-Truppe gewünscht. In Einzelstücken zeigt Elisabeth Gaube längerliche Grazie, Dorothea Albu mehr als das: Geist und musikalisches Temperament, das sich zu Glazonnovscher Rusik jeden Muskel des feinsinnig gespannten Körpers untertan macht. Sie bewegt sich nicht, um zu tanzen, sondern der Tanz scheint Attribut ihre eindrucksvollen und ausdrucksreichen Gesichtszüge zu sein: ein Gewinn für das Ballett der Staatsoper. Ebenso Harold Kreuzberg, in dessen rhythmisch getanzter Körpermelodie Tragisches und Grausames ebenmäßig zusammenfließen. Die Novität des Abends zeigt zu bunten Jahrmärtsbildern von Arvaninos die Zwangstänze vieler Gruppen über einen vom budigen Jauderer verfertigten Kreis. Dies Motiv ist für eine Grotteske wie geschaffen. Auch hier geben die Damen Grube und Albu, die Herren Terpis und Kreuzberg den Ton an; Cora Carena und Renne Osborn gesellen sich mit eleganter Drehungen zu ihnen. Die Musik von Kap Kaol nützt komische, parodistische, sturille Situationen geschickt aus, bleibt aber erfindereich in braven alten Gesellen. Das Vulgäre der Balzer schadet der Gesamtwirkung nichts; durch die sehr feine, original-charakterisierende Instrumentation Karl Mengers wird das Stückchen auf künstlerisches Niveau gehoben. In der geschickten Verarbeitung eines Leierkastenmotivs bewährt sich ein sehr begabter Orchesterleiter. Die Partonime, die mit stotzartiger Hastigkeit abrollt, gefiel sehr. Die edig-groteske Gouvernante (Albu), das amerikanisierende Paar (Wärde und Algo) sowie der Kaukaukubon (Roff Zahnte) erheiterten sichtlich. R. S.

Selbst, höchst selbst! Wenn das Lamm am Bache unterhalb vom Wolf Wasser trinkt, so trübt es bekanntlich dem Wolf das Wasser. Wie sieht die Schuld des Reichsbanners aus? Als das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ im Frühjahr dieses Jahres aufgegezogen wurde, registrierte bekanntlich der „Rote Frontkämpferbund“ noch gar nicht. Die A.P.D. hatte für die Reichsbannerbewegung nur ihre üblichen Beschimpfungen, auf der Titelseite ihres sogenannten Witzblattes z. B. ließ sie das Reichsbanner als Verbündeten von Lubendorff und Hiller erscheinen! Erst als die A.P.D. sah, daß mit diesen Methoden die Reichsbannerbewegung nicht aufgehalten werden könnte, als das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ eine Million und bald darauf zwei Millionen Mitglieder erreichte, erst da wurde sie von bleichem Schrecken erfaßt und gründete im „Roten Frontkämpferbund“ eine Konturrenz- und Zerspaltungsgeschichte. Also ist das Reichsbanner an der Zerspaltung schuld!

Im übrigen begreift man den Grund der jetzt angeschlagenen Sirenenklänge. Die kommunistische Zerspaltungsgeschichte hat ihren Zweck nicht erfüllt, sie ist, verglichen mit dem Reichsbanner, bedeutungslos geblieben. Und weil sie mit Beschimpfungen ihr Ziel nicht erreicht, bläst jetzt die „Rote Fahne“ Einigungs-schalmeln. Da man das Reichsbanner nicht überwinden kann, will man es von innen aushöhlen. Diese Taktik ist aber gut bekannt, und das Reichsbanner wird sich davor nicht fürchten. In Wirklichkeit enthält der Artikel nichts als das Fiasko des „Roten Frontkämpferbundes“.

Zuchthaus für Kommunisten.

Anträge des Reichsanwalts.

Leipzig, 13. September. (WIZ.) In dem Kommunistenprozess gegen den Bauhandwerker Otto Michels und zehn Genossen vor dem Staatsgerichtshof beantragte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Fabian heute folgende Strafen: Gegen Michels zwölf Jahre Zuchthaus, gegen Clemm fünf Jahre Zuchthaus, Groß elf Jahre Zuchthaus, Schurf sieben Jahre Zuchthaus und 200 M. Geldstrafe, Bescher elf Jahre Zuchthaus, Ruch elf Jahre Zuchthaus, Salewski vier Jahre Gefängnis und 200 M. Geldstrafe, Jins vier Jahre Gefängnis und 200 M. Geldstrafe, Gilling drei Jahre Gefängnis und 200 M. Geldstrafe, Engels drei Jahre Gefängnis und 200 M. Geldstrafe und gegen Elbers zwölf Jahre Zuchthaus.

Die Angeklagten hatten in Dortmund mehrere Ueberfälle auf Schupobeamte verübt, um sich Waffen zu verschaffen.

Seifer wieder in Amt und Würden?

München, 13. September. (WIZ.) Wie die „Münchener Zeitung“ meldet, dürfte der Fall Seifer demnächst aus der Welt geschafft werden. Nach dem Spruch des Staatsgerichtshofes sei eine andere Lösung als die Rückkehr des Obersten von Seifer in sein Amt kaum möglich. Dem Blatt zufolge wird auch der Fall Kahr in der nächsten Zeit eine Lösung finden.

Der Bürgerkrieg in China.

Peking bedroht.

New York, 13. September. (U.) Aus Peking wird gemeldet, daß man einen Angriff des Gouverneurs der Mandschurei befürchtet, der mit seiner Armee in Eilmärschen auf Peking anrückt. Die Stadt ist in Verteidigung gesetzt worden und außerdem wurde der Belagerungszustand verhängt. 60 000 Soldaten haben Befehl erhalten, die Stadt gegen den Angriff des Gouverneurs zu schützen.

Die Stellung der Provinzen.

London, 13. September. (WIZ.) Reuters meldet aus Schanghai über die Stellung der einzelnen chinesischen Provinzen: Der Mandschurei-Oberbefehlshaber Tschang Julia wird unterstützt von Kifin, Fengtien und Halungkiang. Der Kriegsminister Wupeifu wird unterstützt von Tschili, Szechuan, Kansu, Schensi, Schantung, Kwantung, Kiangsu, Hupe, Kiangsi, Fujien und Schansi. Dr. Sunjatsen wird unterstützt von Kwangtung, Hunnan und Kweichow. Tschangiang ist unabhängig unter Lu-jung-hiang.

Dossenabend Alt-Berlin. Es war eine freundliche Angelegenheit, die sich gestern im Staatstheater Charlottenburg (Schillertheater) unter reger Anteilnahme des Publikums abspielte. Neu einstudiert unter Jürgen Fehlings Regie das alte Stückspiel von W. Friedrich: „Guten Morgen, Herr Fischer!“ Episoden voll einer Komik, die wehmützig wirken würde, wenn man den Situationen nicht mit den Mitteln neuzeitlicher Possevergie zu weiche gegangen wäre. Auch das darauf folgende „Fest der Handwerker“ von Angely hat eine Aufführung erfahren, die der lustigen Harnlosigkeit nur zugute kommt. Was verzeichnet gern ein paar namhafte Stunden, die besonders den Darstellern Fröhlich, Albert Florath, Otto Laubinger und der stilvollen Lucie Mannheim zu danken sind. Nicht zu vergessen die hübsche musikalische Einrichtung von Ernst Ulrich.

Ursprung und Ende des Jazz. Terpischore, die Muse der Tanzkunst, wird sich bald in Trauer hüllen müssen. Eines ihrer lieblichsten Kinder ringt im Todeskampf. Wie aus Amerika berichtet wird, liegt der Jazz in den letzten Zügen, und bald wird es mit seiner Herrlichkeit, die sich mehrere Jahre hat behaupten können und die auf der ganzen Welt unbestritten gewesen ist, zu Ende sein. Der Jazz hat im Jahre 1915 in einem Caféhaus zu Chicago das Licht der Welt erblickt. Damals waren die Vereinigten Staaten noch nicht „trodengelagt“, und bei Sonn harte trat man noch starke Cocktails und brandiger Beneder. In diesem Café konzertierte ein Regener namens Jasbo Brown mit seinem Orchester, das sich aus den sonderbarsten Instrumenten zusammensetzte. Gongs, Autohupen, Trillerpfeifen und Klappern waren darin vertreten. Er selbst blies eine Art Signaltrompete, die er „Piffolo“ nannte; deren Ton ging den Zuhörern durch Mark und Bein. Je mehr Jasbo getrunken hatte, um so wilder wurde seine Musik, und um so mehr ermunterten ihn die Gäste des Cafés, noch schärferes Zeug zu trinken. Die Töne des „Piffolo“ wurden immer schriller. „Noch einmal, Jasbo!“ rief man ihm dann zu. Diese Ermunterung wandelte sich allmählich in den stereotypen Ruf: „Noch einmal, Jazz!“ Das war die Laufe der ersten Jazzpfeife, des Jazz-Band, die mit einem verlockenden Angebot nach New York engagiert wurde, mit den amerikanischen Regimentern kam dann der neue Jazz auch nach Europa, denn wo er in kurzer Zeit seinen Siegeszug über die alte Welt antrat.

Uranio-Docträger. Theater. Sonnt. 6/., u. 9 Uhr, mochenl. 9 Uhr: „Uranio-Docträger“ (für Herren); Dienst. 8 Uhr, die andern Tage 7 Uhr: „Geheimnis der Uranio“ (für Damen); Sonnt. bis Donnerst. 7. Freitag u. Sonnab. 5 u. 7 Uhr: „Uranio-Docträger“; Mittw. u. Donn. 5 u. 9: „Der Uranio-Docträger“ (für Damen); Sonnt. 8 Uhr: „Werden des Menschen“; Sonnt. 5. Donnerst. (zu verschiedenen Zeiten): „Raffe und Ruff“; Sonn. ab 10 Uhr: „Geheimnis der Uranio“ (für Damen).

Gockl erkrankt. In Vetschburg, dem Ortsteil von Vetschburg, sind die beiden Gockl-Brüder, die in Vetschburg wohnen, erkrankt. Er leidet an Nierenüberlastung. Ingleich ist die Herzgröße sehr vergrößert. Gockl hat seine Arbeit aufgeben müssen und kann nur mit Ruhe leben.

Zur Mayen in Preussisch. Das nordwestliche Parlament hat die Insel von Mayen an einen amerikanischen Privatmann für 150 000 M. verkauft. Von Mayen ist eine Insel im arktischen Ozean, 300 Meilen östlich von Grönland; sie wurde zuerst im Jahre 1607 entdeckt.

Ein dänischer Abrüstungsplan.

Die Gefahr militärischer Konflikte.

Genf, 13. September. (W.B.) Die Dritte Kommission legte heute die allgemeine Aussprache über die ihr zugewiesenen Paragraphen der Resolution Herriot-Macdonald vor.

Guani (Uruguay) erklärte zum Garantiepaktentwurf, daß hierfür die südamerikanischen Staaten nicht in Betracht kämen wegen ihrer ganz besonderen Lage, und weil sie für sich die wesentlichen Probleme der Aufrechterhaltung des Friedens bereits durch Schiedsverträge geregelt hätten.

Duca (Rumänien) stimmte dem Schiedsverfahren zu, das aber unbedingt durch militärische Sanktionen vervollständigt werden müsse. Der Garantiepakt habe Rumänien wegen der ungenügenden Sicherheiten ablehnen müssen, aber gerechtfertigt seien in diesem Vertrage die Sonderabkommen, die nach seiner Ansicht nur defensiven Charakter haben.

Munch (Dänemark) sieht als das wichtigste Ziel die Abrüstung an. Die größte Gefahr für den Frieden seien die Heere und die Flotten, das Ziel der Kommission müsse daher die Abrüstung sein. Er habe einen diesbezüglichen Plan der Kommission eingereicht, dessen Abrüstungssystem sich auf den betreffenden Bestimmungen der Friedensverträge, d. h. in diesen Verträgen festgelegten Heeresstärken der besiegten Staaten aufbaue. Für die Landheere müsse der Friedensvertrag von St. Germain maßgebend sein, d. h.

5000 Soldaten auf eine Million Einwohner.

Für die Flotte sollte man sich auf den Verfall der Vertrag stützen, aber die dort vorgesehene Tonnenzahl auf 4000 für je eine Million Einwohner erhöhen. Sein Plan sieht weiter Einschränkung der Cadres, Verringerung der Aushebung und der militärischen Ausristung vor, alle diese Bestimmungen aber unter Berücksichtigung der geographischen Verhältnisse.

Branco (Brasilien) stimmt der französischen These zu, vor allem aber der Auffassung Paul Boncour's, wonach alle Staaten nach ihren verschiedenen Möglichkeiten bei den Sanktionen heranzuziehen sind. In diesem Sinne ist Brasilien bereit, wirtschaftliche Beiträge zu leisten.

Branting (Schweden) erklärt die Abrüstung für das Wesentliche, ist gegen den Garantiepakt, weil er den Rahmen des Völkerbundes überschreitet, stimmt aber wirtschaftlichen Sanktionen zu.

Groom (Australien) ist aus lokalen Gesichtspunkten gegen den Garantiepakt, wünscht aber Aufrechterhaltung des obligatorischen Charakters des Völkerbundes vor allem in dem dort vorgesehenen Schiedsverfahren von Artikel 10.

Jouhaux (Frankreich) wendet sich gegen die Auffassung, daß der Garantiepakt zu neuen Rüstungen führen müsse, und geht dann vor allem auf die wirtschaftliche Seite des Friedensproblems ein. Alle Abrüstungen und Sicherheiten könnten den Frieden nicht gewährleisten, wenn wirtschaftliche Konflikte möglichkeiten weiter bestehen. Die Kriegskrisis, die in Wirtschafts- und Handelsverträgen und in der allgemeinen Wirtschaftslage liegen, würden immer wieder zu Katastrophen führen. Es sei daher notwendig, vor allem wirtschaftliche Garantien gegen den Krieg zu geben, und man dürfe sich nicht darauf beschränken, die politischen Verträge beim Völkerbund einzutragen, sondern auch die Wirtschafts- und Handelsabkommen. Er rief ferner die

Schaffung einer Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit

an von der Art der Kommission für geistige Zusammenarbeit, aus der der Weltwirtschaftsrat erwachsen könnte. Um die Arbeitermassen für das Werk des Völkerbundes zu interessieren, sei eine engere Zusammenarbeit zwischen diesem und dem Internationalen Arbeitsamt notwendig. Er schloß mit der Versicherung, daß, wenn man die Arbeiterwelt nicht mehr enttäuschen wolle, diese Kommission zu brauchbaren Ergebnissen gelangen müsse.

Hiermit war die heutige Debatte geschlossen.

Deutsch-belgische Wirtschaftsverhandlungen

Am Verlauf der Londoner Verhandlungen war zwischen den deutschen und belgischen Vertretern vereinbart worden, daß sobald Verhandlungen zur Regelung schwebender Wirtschaftsjagen ausgenommen werden sollten. Die Verhandlungen werden, wie W.B. meldet, am 15. d. M. in Berlin beginnen. Die belgische Delegation, die aus dem Direktor im belgischen Außenministerium van Langenhove, dem Generalinspektor im Finanzministerium Wagnette, dem Generalinspektor im Ministerium für Industrie und Arbeit Gérard und dem Generaldirektor im Landwirtschaftsministerium Henri sowie aus den Sachverständigen Gérard, Marcoty, van Dooselara und einem Vertreter der luxemburgischen Regierung besteht, trifft bereits heute in Berlin ein. Der hiesige belgische Gesandte, Graf de la Faille, unterstützt von dem Handelsattaché, Generalconsul Casteur, wird die Verhandlungen auf belgischer Seite leiten, während deutscherseits mit der Leitung der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt von Stockhamern betraut ist. Ziel der Verhandlungen wird der Abschluß eines vorläufigen Wirtschaftsabkommens sein, das in erster Linie Ein- und Ausfuhr sowie Zollfragen regeln wird.

Hakenkreuzler in Ungarn.

Frankfurt a. M., 13. September. (M.B.) Nach einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ aus Budapest wurde dort am Donnerstag ein ganzes Nest von hakenkreuzlichen und preußischen Hakenkreuzern ausgehoben, welche sich bereits seit Wochen dort befinden und, wie aus den vorgefundenen Dokumenten festzustellen war, auf Beschützung durch die ungarischen Behörden mit der Mission betraut worden war, durch Anschluß an die ungarischen rechtlichstehenden Führer eine ungarisch-deutsche Hakenkreuzer-Kampfgemeinschaft zu schaffen, die sich von Norddeutschland bis an die Südgrenze Ungarns erstrecken sollte. Es sind bis jetzt drei frühere deutsche Offiziere, und zwar Karl Freiherr von Thürmann, Werner Abel und Arnold Barthel verhaftet worden. Abel war als Kommandant der ungarischen Hakenkreuzer ausgetreten.

Ungarische Waffensunde.

Wien, 13. September. (M.) Die ungarischen Blätter beobachten ein auffällendes Stillschweigen über die letzten Waffensunde in Czegled. Allein das Organ der Legitimisten bespricht den Vorfall und vertritt das Ergebnis der Hausdurchsuchung in der Besserungsanstalt, die seitens der Internationalen Kontrollkommission vorgenommen wurde, als unbedeutend darzustellen, indem es behauptet, daß nur das Gewehr, Hosenriemen und Pferdegeschirr gefunden wurden. Das Blatt verschweigt, daß das Auto der Kontrollkommission angegriffen und beschossen wurde, wobei der Chauffeur verletzt wurde. Demgegenüber wird jedoch seitens der Kontrollkommission betont, daß das in Czegled gefundene Kriegsmaterial nur ein Teil der Vorräte an Waffen ist, die für Kriegsformationen bestimmt und an verschiedenen Orten zwischen Donau und Theiß versteckt seien.

Ruth Fischer auf Reisen. Wie die Wiener „Rote Fahne“ meldet, ist Ruth Fischer, die in Österreich in kommunistischen Versammlungen auftrat, unter polizeilicher Bewachung an die Grenze gebracht worden.

Der prügelnde Lehrer.

Man schreibt uns:

Es scheint, daß die Prügelpädagogik wieder an Ausdehnung gewinnt. Eine aus Kurland stammende Dame äußerte jüngst ihr Befremden darüber, daß kleine Mädchen mit dem Knäuel auf die Finger geschlagen würden — bei uns zu Hause, sagte sie, wäre ein solches Benehmen eines Lehrers oder gar einer Lehrerin undenkbar. Aus meiner Schulzeit ist mir nur ein Fall von Prügelstrafe erinnerlich, und diese Strafe wurde vom sonst väterlich gesinnten Direktor eigenhändig vor versammelter Klasse vollzogen. Wir hatten zur Abwehr (oder zum Angriff?) gegen die Schifferjugend der im Winter am Hafenplatz ankernden Lörflinge Bleifugeln in Leder gehüllt als Schleuderwaffen benutzt. Diese Probe, wohl eine Folge des „Stahlbadens“ von 1870/71, wurde mit einigen Knutschhieben geahndet, und wer eine dicke Hofe besaß, spürte nicht allzuviel von den Hieben.

Uebrigens möchte ich bemerken, daß keiner der Beteiligten sich durch Beugen von der Strafe drücken wollte; jeder stand „mannhaft“ zu seiner Tat. Sonst gab es das In-die-Edelstellen namentlich der unaufmerksamen oder plauderhaften Schüler, und jede nur einigermaßen beachtliche Anwendung dieser Strafe durfte der Billigung der ganzen Klasse sicher sein.

Daß der prügelnde Pädagoge — mit und ohne sadistischem Einschlag — eine üble Erscheinung ist, wird jeder Einsichtige zugeben. Ein Vergleich mit dem Züchtigungsrecht der Eltern ist gänzlich abwegig. Zu Hause folgt der Mißtat die Strafe fast immer sogleich, und die Fälle, wo die Mutter erst die Rückkehr des abwesenden Vaters abwartet, damit dieser die Strafe vollstrecke, sind doch Ausnahmen. Und da es namentlich in nicht kinderreichen Familien schwer ist, durch strafende Absonderung des Uebelthäters auf das Ehrgefühl zu wirken, so ist eben der sofort ausgeteilte Klaps die richtige Lösung. Das Kind empfindet dies auch, und wenn es „abbittet“, so erscheint schon unter den Tränen wieder das Lächeln, das Gefühl der Begnadigung durch das Elternherz.

Der Bekehr hat aber Mittel genug, um auf das Ehrgefühl der Kinder einzumirken, und der ist zweifellos ein schlechter Pädagoge, der seine Klasse nicht anders als durch Prügel im Zaume zu halten weiß. Charakteristisch ist ja, daß Schulen mit Internaten sehr häufig zum Sockelplatz widerlicher Ausschreitungen werden. Hierher gehören nur solche Jugendbildner, die über eine würdige, Ernst und Frohsinn vereinnende Lebensauffassung verfügen und deren eigenes Leben vorbildlich ist. Gerade in unserer Zeit, wo Spiel und Sport, Belehrung auf Ausflügen, im Garten, im Laboratorium usw. so viele persönliche Berührungspunkte zwischen Lehrer und Schüler schaffen, ist es dem wirklichen Pädagogen doch viel leichter gemacht, sich das Vertrauen der Jugend zu erwerben, als in der zurückliegenden Zeit, wo der Raum zwischen Katheder und Schulbänken gewissermaßen eine Schranke für die Anknüpfung persönlichen Verständnisses aufrichtete. Sache der Eltern muß es sein, das Vertrauensverhältnis zu stärken, Sache der Aufsichtsbehörden, die Bedingungen für dieses Vertrauen zu schaffen. In der Jugend liegt unseres Landes Zukunft, und sie muß deshalb gleich entfernt vom Sklaventypus wie vom nationalistischen Dünkel sein.

Die Eisenbahnausstellung am Seddiner See.

Vom 21. September bis 5. Oktober.

Die Eisenbahntechnische Tagung, die vom Verein Deutscher Ingenieure in enger Verbindung mit der deutschen Reichsbahn veranstaltet wird, findet, wie wir bereits mitteilten, vom 22. bis 27. September in Berlin statt. Mit ihr ist eine eisenbahntechnische Ausstellung in Seddin bei Potsdam verbunden, die größte Ausstellung dieser Art, die die Welt je gesehen hat. Diese Tagung soll der wissenschaftlichen Erörterung und der Darstellung der wichtigsten Probleme des neuzeitlichen Eisenbahnwesens, seines neuesten Standes und seiner Weiterentwicklung unter besonderer Hervorhebung der Wirtschaftlichkeit dienen. Bereits jetzt haben sich etwa 2000 Teilnehmer zu der Tagung angemeldet, darunter 300 prominente Auslandsvertreter und circa 700 Mitglieder der Reichseisenbahnbehörden. An dem Aufbau der Tagung und der Ausstellung wird schon seit 3/4 Jahren gearbeitet, 50 Vortragende, bekannte Fachleute aus Deutschland, Österreich, Holland, aus der Schweiz, aus Schweden, Rußland und Amerika haben sich angemeldet, und in Seddin, dem Hauptkern der ganzen Veranstaltung, sind in einer Halle von 6000 Quadratmeter Grundfläche rund 120 Lokomotiven aller Systeme und 150 Personen- und Güterwagen aller Art aufgestellt. Während der Ausstellung, die vom 21. September bis 5. Oktober geöffnet sein wird, sollen vom Potsdamer Bahnhof nach Seddin Sonderzüge fahren, die nur in Wannsee halten. Eine zweite Ausstellung in der Technischen Hochschule in Charlottenburg umfaßt etwa 300 Pläne und Entwürfe sowie 50 Modelle aus allen Gebieten des Eisenbahnwesens. Hier sollen auch ständig 30 Filme den Besuchern vorgeführt werden. Die Ausstellung wird in ihrer Gesamtheit einen Überblick über den technischen Stand des Eisenbahnwesens geben, wie er vollständiger nicht gedacht werden kann.

Die Radiumschwindler Radensens.

Unter Ausnutzung des gleichlautenden Namens des Generalfeldmarschalls v. Radensens, haben die Kaufleute Willi und Julius Radensens umfangreiche Betrügereien mit Radium und Radium verübt, durch die Berliner Geldleute um große Summen betrogen worden sind. Die beiden Schwindler sind Zwillingenbrüder. Wegen des Radiumgeschäfts ist bereits vor Jahren eine Verurteilung wegen Betruges erfolgt. Heute kam der Radiumschwindler, der im November verurteilt worden war, vor dem großen Schöffengericht Berlin-Ritte zur Verhandlung. Von den beiden Angeklagten ist jedoch Willi Radensens flüchtig und nach 17monatiger Untersuchungshaft wurde Julius Radensens allein dem Gericht vorgeführt. Julius Radensens ist bereits außer wegen des Radiumbetruges mehrfach wegen Unterschlagung und auch wegen Diebstahls verurteilt. Die Schilderung seines Vorlebens klingt wie ein Roman, man hört von Reisen nach Nordafrika, von der Fremdenlegion und von angeblichen Geschäftserfolgen nach Buffalo, Kanaba und vor allem nach Paris, wo sich ein angeblicher Geschäftsfreund, Julius Bureau aus der Schweiz, aufgehalten haben soll, den er aber auch immer zufällig an allen möglichen Orten, so in München und Berlin, getroffen hat. Ueber seine Beziehungen zu Bureau will der Angeklagte nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit sich äußern und mocht darüber lediglich einige dunkle Andeutungen. Er will auch nicht wissen, wo sich Bureau jetzt aufhält. Die Ermittlungen nach dem mysteriösen Bureau sind völlig ergebnislos geblieben, ebenso nach einem Dr. Belzer, den der Angeklagte im Hotel Adlon kennengelernt und der ihm das Radium geliefert haben soll. Es war den Brüdern Radensens gelungen, in Berlin Geldleute zu gewinnen, die im November 1921 für den Ankauf des Radiums 665 000 M. hergaben. Mit dem in einer Kapsel verwahren kostbaren Inhalt fuhr der Direktor S. mit seinem Rechtsbeistand in Begleitung des Angeklagten nun nach München, wo die Uebergabe erfolgen sollte. In einem Hotelzimmer tauchten angebliche Vertreter eines Klosters auf und hierbei geschah nun das „Unglück“, daß Radensens der Glasbehälter die Erde fiel und in Splitter ging. Die Berliner Geldbesitzer ließen jedoch, da sie inzwischen Verdacht geschöpft hatten, die Glasplitter zusammenfegen und Prof. Fajans in München untersuchte sie, wobei sich der Schwindel herausstellte. Hineingefallen waren die Berliner

W. Radensens dadurch, daß die Angeklagten sich als die Neffen des Generalfeldmarschalls v. Radensens ausgegeben hatten. Außerdem arbeiteten die Betrüger mit gefälschten Akten der Reichskassenscheine und Reichsanstalt. Im weiteren Verlauf meinte der Angeklagte, daß er wahrscheinlich ein Großneffe des Feldmarschalls v. Radensens sei, es aber nicht genau wisse.

Einspruch gegen den Abbau Paulsens.

Daß Oberstadtschulrat Genosse Paulsen gegen den Abbaubeschluß der Stadtverordnetenversammlung jedes Rechtsmittel anwendet, versteht sich von selber. Er wendet gegen den Beschluß, bei dem in den Reihen der Bürgerlichen wie der mitwirkenden Kommunisten politische Beweggründe ihre Rolle gespielt haben, Einspruch ein. Unter Hinweis auf die Notwendigkeit, seinen Rechtsanspruch gegen den Abbaubeschluß wahrzunehmen, hat Genosse Paulsen den Oberbürgermeister um einen Urlaub von vorläufig 14 Tagen gebeten. Wie wir hören, ist der Urlaub bereits genehmigt worden.

Drei Autounfälle am gleichen Ort.

Gestern geriet auf der Potsdamer Chaussee zwischen Glienicker Brücke und dem Restaurant Waldfrieden ein mit Emaillewaren beladenes Vascuto der Firma Güntherherge in der Schönigstraße aus bisher unbekannter Ursache in Brand. Die sofort herbeigerufene Feuerwehr besorgte das Entladen des brennenden Wagens und beseitigte die Trümmer. Bei den Aufräumarbeiten wurde der 59jährige Feuerwehrmann Ewald Krause aus Alt-Glienitz von einem Berliner Motorradfahrer angefahren. Während er nur unerhebliche Verletzungen an den Händen davontrug, ereignete sich heute nachmittag an derselben Stelle ein fährlicher Unfall. Im Laufe des Tages wurden die Emaillewaren auf ein Fuhrwerk verladen, wobei sich zahlreiche Reuegerige zur Beschädigung der Brandstelle eingefunden hatten. Als die fünfjährige Martha Heilpap aus der Wannseestr. 6, die von ihrer Mutter zur Brandstelle begleitet wurde, hinter dem Fuhrwerk hertrat, kam an der anderen Seite ein Personauto heran, das die Kleine erfaßte und trotz heftiger Bremswirkung noch einige Meter mitgeschleifte. Sie wurde in schwerverletztem Zustande unter dem Wagen hernorgeholt und nach dem städtischen Krankenhaus in Potsdam geschickt, wo der Arzt aber nur noch den Tod feststellen konnte.

Die Mietertagung in Magdeburg.

Die Tagung, die Delegierte aus allen Teilen des Reiches in Magdeburg zusammengeführt hat, begann mit den Sitzungen der Vorstände und Bundesausschüsse und der Einigungskommission. Sowohl der Deutsche Mieterbund (St. Berlin) wie auch der Bund Deutscher Mietervereine (St. Dresden) tagt im Parkrestaurant „Klosterberggarten“ in getrennten Räumen. Am Sonntag findet der Zusammenschluß in gemeinsamer Tagung im „Konzerthaus“ statt. Der Mieterverein Groß-Magdeburg E. B. hat in großzügiger Weise den Mietertag vorbereitet. Bereits am Bahnhof begrüßt die Gäste ein großes, mit den Reichs- und Stadtsforden und Girlanden geschmücktes Transparent. Mehrere Hotels sind für die Delegierten reserviert und ein Quartierbureau im Hotel „Thüringer Hof“ gegenüber dem Bahnhof sorgt dafür, daß die Ankommenden ohne Aufenthalt sofort in der Stadt verteilt werden.

NIS keine Nachricht kam . . .

Am 25. August verstarb im Bernauer Krankenhaus eine Frau K. Am Tage darauf erhielt der Sohn davon Nachricht, der dann anordnete, daß seine Mutter auf Kosten der Armenverwaltung beerdigt werden sollte. Das Wohlfahrtsamt, Polizeiamt, Krankenhaus und Ständesamt, sämtlich in Bernau, versicherten dem Sohn, daß der Beerdigungstag noch mitgeteilt werde. Doch die Tage verstrichen und keine Nachricht kam. Beunruhigt darüber, fragte der Sohn am 5. September im Krankenhaus schriftlich an, wann denn nun eigentlich die Beerdigung vor sich gehen könne, worauf er zu seinem nicht geringen Erstaunen eine Korre folgenden Inhalts erhielt:

„Auf Ihr Schreiben vom 5. September 1924 teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß Ihre Mutter hier am 30. August 1924 auf Armenkosten beerdigt worden ist und die Nachricht — betreffs Beerdigung — an Sie durch den Magistrat zu erfolgen hatte.“ (Folgt Stempel und Unterschrift.)

Also ist der Magistrat von Bernau nach der Antwort des Bernauer Krankenhauses der Sinder. Jemandem Dienststelle hat in diesem Falle nachlässig gearbeitet. Hoffentlich trägt die Veröffentlichung dieses peinlichen Vorfalls dazu bei, wenigstens in der Zukunft ähnliche Geschehnisse zu vermeiden.

Die Straßenbahnlinie 98 verkehrt ab 14. September wieder über Zimmerstraße, Prinz-Albrecht-Straße, Königgräber Straße, Anhalter Bahnhof, Anhalter Straße, Wäldersstraße, Kochstraße.

Wetter für morgen.

Wetter für Berlin und Umgegend. Teils heiter, teils wollig, ohne erhebliche Niederschläge. Am Tage möglich warm. Für Deutschland. Im Nordseebereich etwas Regen, sonst meist trocken und im Südosten ziemlich heiter. Rülpe Rülpe.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Glaubungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

- 21. Wk. Feute (Gonnabend) abend 7 Uhr Funktionärerversammlung bei Schönerl, Antonstr. 2. — Feute ab 5 Uhr und morgen (Sonntag) früh 9 Uhr Flugblätterverbreitung von den Reichsbahnstellen.
- 22. Wk. Chelstentzberg. Sonntag früh 9 Uhr Flugblätterverbreitung von den Reichsbahnstellen.
- 23. Wk. Zehlendorf. Am Sonntag, früh 9 Uhr, Flugblätterverbreitung. Alle Genossen müssen sich daran beteiligen. Flugblätter sind im Vertiefte abzugeben. — Da der Saal für die am Dienstag in Aussicht genommene Versammlung besetzt ist, beteiligen sich die Zehlendorfer Genossen an der in Wannsee am Dienstag stattfindenden Versammlung. — Wir bitten alle Genossen und Genossinnen, um rege Beteiligung am Familienfest am Sonntag (morgen) bei Widder. Anfang 8 Uhr nachmittags.
- 24. Wk. Schöneberg. Die Flugblätterverbreitung findet am Sonntag früh 8 1/2 Uhr von den einzelnen Bezirksstellen aus statt. Die Bezirksleiter holen die Flugblätter heute abend 6 Uhr von Genossen Wk. 2, Wilmersdorf-Str. 40, ab.
- 25. Wk. Zehlendorf. Treffpunkt zur Flugblätterverbreitung Sonntag früh 9 Uhr bei Schreiner, Friedländerstr. 6.
- 26. Wk. Zehlendorf. Sonntag früh 8 Uhr Flugblätterverbreitung von der Speibitzer Kolonien, Wilmersdorf-Str. 60, aus.
- 27. Wk. Wilmersdorf. Samtliche Genossen müssen sich bei ihren Bezirksleitern Sonntag früh zur Flugblätterverbreitung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Schalkowsk. 37/38, Hof 2 Et. Samstagsabend Berlin Mitte: Sonntag, den 14. September, Kurmark. Treffpunkt 12.30 Uhr Jannowitzbrücke.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Ausstellung der namhaften Kabin für Herbst und Winter ist in dem Rathaus Wilhelm Platz eröffnet. Als erste Verkaufsanstaltung in dem fertigen Teil des Erweiterungsbauwerks ist ein Sonderverkauf in Kabinen- und Gelbkabinen. Der Verkauf in diesen Ausstellungen wird infolgedessen angenehmer und billiger, da durch Oberst Heilke Loga-Heilke in den Verkaufsstellen ist. Mit abgelaufenen wurde die Firma bei Einkauf über 3 R. einen Zuschlag von 10% gewährt. Die Firma Wilhelm Heilke macht in dem heutigen Anzeiger bekannt, daß von jetzt ab ihr Geschäft über Mittag geöffnet bleibt.

